



Niederschrift

7. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Februar 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

19.

Punkt 15 der Tagesordnung: Grundsatzbeschluss zu Beschaffung und Einsatz von alternativen Antrieben und E-Mobilität im Fuhrpark der Stadtverwaltung Karlsruhe **Vorlage: 2020/0021**

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt die Eckpunkte der Fahrzeugbeschaffung nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen und im Hauptausschuss zur Kenntnis und stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen der Verwaltung zur Beschaffung, zum Einsatz und zum Ausbau von alternativen Antrieben und der E-Mobilität im Fuhrpark der Stadtverwaltung Karlsruhe zu.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Einsatz von Fahrzeugen mit batterieelektrischem Antrieb sowie Brennstoffzellen- bzw. Wasserstoff-Antrieb umzusetzen und voranzutreiben. Die Inanspruchnahme von Fördermitteln wird weiterhin angestrebt, ist aber nicht Voraussetzung für die Beschaffung der betreffenden Fahrzeuge.

Abstimmungsergebnis:

Bei 40 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen, im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir GRÜNE begrüßen diese Vorlage der Verwaltung. Sie zielt darauf ab, eines der wesentlichen Elemente der Verkehrswende umzusetzen. Ihre Umsetzung vermindert die Umweltfolgen des motorisierten Verkehrs der Stadtverwaltung und der städtischen Eigenbetriebe. Dies ist dringend notwendig. Motorisierter Straßenverkehr muss umweltfreundlicher werden, und das in vielen Aspekten. Er muss klimaverträglicher werden.

Motorisierter Verkehr muss weniger luftbelastend werden. Und er muss leiser werden. Wir GRÜNE begrüßen es, dass die Stadtverwaltung nun konsequent auf alternative Antriebe setzt und diesen Einsatz nicht mehr von der Verfügbarkeit von Fördermitteln abhängig machen will. Dies ist eine folgerichtige Entscheidung. Die Stadt Karlsruhe sollte hier unbedingt vorangehen, ein Vorbild sein und den Bürgerinnen und Bürgern ein positives Beispiel geben.

Der Wechsel auf neue Technologien ist natürlich immer mit Unsicherheiten verbunden. Werden Akkus von Elektrofahrzeugen schnell verschleißten oder werden sie lange Zeit und viele Ladezyklen halten? Wie entwickelt sich der Restwert von gebrauchten E-Fahrzeugen? Werden mit Wasserstoff betriebene Nutzfahrzeuge verfügbar sein? Werden die Kosten dafür sinken? Wir GRÜNE sind überzeugt, dass jetzt mit Zuversicht vorangegangen werden muss, dass wir uns diesen Unsicherheiten stellen und sie in Kauf nehmen.

Natürlich können wir heute nicht mit Sicherheit sagen, dass E-Fahrzeuge die dauerhafte Lösung für einen Pkw-Verkehr sein werden. Sie haben jedoch einen großen Vorteil. Sie sind heute verfügbar. E-Fahrzeuge können wir heute beschaffen und einsetzen. Damit werden in ganz direkter Weise Emissionen an Treibhausgasen vermieden. Mit der Umrüstung des städtischen Pkw-Fuhrparks auf E-Fahrzeuge geschieht dies hier und jetzt vor Ort und es wird bewirkt, dass weniger Luftschadstoffe ausgestoßen werden und weniger Lärm entsteht. Wir erreichen also eine Win-Win-Situation. Wir verfolgen globale Ziele und erreichen lokale Vorteile.

Aber: Alternative Antriebe können die Umweltfolgen von motorisiertem Verkehr reduzieren. Noch wirkungsvoller jedoch ist es, alternative Verkehrsmittel zu verwenden. Wenn ich ein Pedelec oder ein Fahrrad nutze, muss nicht eine Tonne an Masse bewegt werden, wie bei einem E-Fahrzeug. Die Umweltfolgen der Herstellung einer Pedelec-Batterie sind dramatisch kleiner als die bei einem E-Pkw. Und weil das so ist, wünschen wir uns nicht nur einen Grundsatzbeschluss zur Beschaffung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben, sondern auch Initiativen zur Nutzung alternativer Verkehrsmittel in der Verwaltung. Weniger Fahrzeuge und weniger Fahrzeugkilometer bei der Stadtverwaltung. Auch hier soll die Stadt vorangehen.

Zusammengefasst möchte ich sagen, eine gute, richtige und mutige Initiative, deren Fortsetzung wir erwarten.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich kann direkt an Herrn Dr. Cremer anknüpfen. Er hat gesagt, dass die Stadt vorangehen muss mit Elektromobilität, obwohl man sich nicht sicher sein kann, ob sich Elektrofahrzeuge durchsetzen. An der Stelle müssen wir darauf hinweisen, dass es hier um Steuergelder geht. Warum müssen wir mit Steuergeldern vorangehen, wenn, wie in der Vorlage steht, diese Fahrzeuge mindestens eineinhalb mal so viel, wenn nicht sogar das doppelte oder mehr kosten. So steht es hier 1 : 1 drin, 200 % oder mehr der Anschaffungskosten. Warum müssen wir als Stadt vorausgehen? Warum warten wir nicht einfach ab, wenn unsicher ist, ob sich Elektromobilität durchsetzt? Man muss es letztendlich den Steuerzahlern vermitteln. Man könnte einfach abwarten und dann schauen, ob sich Elektromobilität oder Brennstoffzellen oder Wasserstoffantrieben durchsetzen.

So gesehen sind wir auf der einen Seite mit dem Bericht über den jetzigen Zustand, der zum großen Teil auf Erdgasfahrzeugen beruht, sehr zufrieden. Auf der anderen Seite können wir

der Vorlage, weil wir damit beschließen, stark in Elektromobilität zu investieren, nicht zustimmen. Wir sind auch der Meinung, dass Brennstoffzellen und Wasserstoffantriebe hier zwar genannt werden, aber nicht genügend aus dem Text, den man liest, betont werden. Wir würden es begrüßen, wenn man an der Stelle den Fokus auf Brennstoffzellen und Wasserstoffantrieben legen würde und bei der Elektromobilität einfach abwarten, wie sich der Markt entwickelt. Wenn es tatsächlich so kommt, wie einige sagen, dann wird sich das auch vom Preis her in Zukunft nicht mehr viel geben. Dann wird uns die Entscheidung für Elektromobilität natürlich leicht fallen. Aber für den jetzigen Zustand doppelte Kosten, eineinhalbfache Kosten sind uns zu hoch. Es geht um das Geld der Steuerzahler hier in dieser Stadt. Deswegen von unserer Seite Ablehnung.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Gerade weil es um das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geht, müssen wir jetzt handeln und nicht abwarten, bis dann alles den Bach runter geht. Wir müssen jetzt schauen, dass wir unseren Fuhrpark auf einen neuen Stand bringen. Ich würde sogar noch weitergehen. Ich würde sagen, der jetzt bestehende Fuhrpark sollte dahingehend überprüft werden, insbesondere bei den neueren Fahrzeugen, ob ein Umbau möglich ist. Ich glaube wirklich, jeden Tag, den wir länger warten und jedes weitere Fahrzeug, das nach altem System beschafft wird, ist in meinen Augen eine vertane Chance zur Senkung unserer CO₂-Bilanz und letztendlich dem Klimawandel entgegenzutreten. Das müssen wir gleich machen und nicht abwarten.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Es ist eine gute Vorlage, weil sie flexibel ist und weil sie nicht auf ein Pferd setzt, sondern erkennt, die Technologie verändert sich jeden Tag. Wir werden auf sie reagieren können. Deswegen ist es keine Verengung auf E-Mobilität sondern eine Frage nach dem Nutzen. An welcher Stelle setzen wir was ein. Man scheut sich nicht zu sagen, an der Stelle gibt es nichts neues, da setzten wir etwas Herkömmliches ein. Deswegen ist es eine sehr gute Vorlage.

Zum Kollegen Dr. Schmidt möchte ich sagen, es wäre interessant, einmal die Lebenszykluskosten eines Autos anzuschauen und nicht nur den Kaufpreis. Hier wird nur der Kaufpreis betrachtet. Wir geben statt 5 Mio. Euro zukünftig 7,5 Mio. Euro aus, also eine deutliche Steigerung. Aber wenn man die Lebenszykluskosten eines Autos betrachtet bis zum Verschrotten, dann kann man sagen, was ein Auto kostet. Dann kommt man bei den neuen Autos deutlich besser weg. Insofern Dankeschön für die Vorlage.

Stadtrat Hock (FDP): Ich habe mir gedacht, wir sind uns alle einig, dass wir das wollen und es auch gut ist. Aber jetzt muss ich doch etwas sagen, weil der Kollege Kalmbach das auch noch einmal angesprochen hat. Dann, bitteschön, sollten wir das nicht nur bei der Stadtverwaltung machen und Vorreiter sein. Dann, bitteschön, auch bei den Gesellschaften. Die sollten mit ins Boot und auch mitrudern. Da wird ein Preisschild daran gemacht. Dann wissen alle, was das hinterher kostet.

Dass Sie das alle wollen, ist in Ordnung. Nur muss auch, da gebe ich meinen Vorrednern Recht, der Bevölkerung klar gemacht werden, das kostet richtig Geld. Da muss ein Preisschild dran. Das will ich dann schon haben. Denn das gehört dann zur Ehrlichkeit dazu.

Stadtrat Schnell (AfD): Nur kurz als Replik auf den Beitrag von Frau Binder. Ich darf kurz Maggie Thatcher zitieren, die einst sagte: Sozialismus ist dann am Ende, wenn einem das Geld anderer Leute ausgeht. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Stadtrat Maier (CDU): Das Thema war sehr gut vorberaten in den ganzen Ausschüssen. Deswegen hätten wir heute überhaupt nicht darüber sprechen müssen. Aber auch wir tragen diese Vorlage mit. Wir sehen darin, dass die Verwaltung mehr Freiraum bekommt in ihrer Beschaffung. Das ist eine gute Sache. Von daher stimmen wir zu.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Beschlussfassung. Alle Vorschläge und Anregungen werden von Herrn Backhaus dankbar aufgegriffen. Die entsprechende Umsetzung in den Gesellschaften wäre sicherlich dann ein Thema im Rahmen des Klimaaktionsplans. Natürlich obliegt es auch Ihnen, in den einzelnen Aufsichtsräten entsprechend vorzupreschen, wobei ich bei einzelnen Gesellschaften den Eindruck habe, dass die schon weiter sind als wir in der gesamten Stadtverwaltung.

Wir kommen zur Abstimmung. – Das ist eine deutliche Mehrheit.

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
27. Februar 2020